

Sicherheit friedenslogisch denken – Militarisierung nicht zur Antwort machen

Als Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Dachverband von Organisationen und Institutionen, die im In- und Ausland Friedensarbeit leisten, nehmen wir mit großer Sorge eine reale Zunahme militärischer Gewalt, geopolitischer Konfrontation und autoritärer Machtpolitik wahr. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Kriege im Mittleren Osten, die wachsenden imperialen Machtansprüche Chinas, die machtpolitische Konkurrenz mit China sowie die Infragestellung multilateraler Regeln durch zentrale Akteure wie die USA zeigen: Die regelbasierte internationale Ordnung steht unter erheblichem Druck. Institutionen wie die Vereinten Nationen und die Europäische Union werden geschwächt, anstatt sie angesichts globaler Krisen zu stärken. Insbesondere liberale Demokratien sind hybriden Angriffen ausgesetzt, die gezielt ihre öffentliche Meinungsbildung, ihre Wahlverfahren und ihren Rechtsstaat schwächen sollen. In vielen Weltregionen werden Drohung, Abschreckung und militärische Stärke wieder zu bevorzugten Mitteln politischer Interessenwahrung und -durchsetzung.

Diese geopolitischen Zuspitzungen führen dazu, dass die brutalen Kriege und Konflikte im globalen Süden, wie etwa im Sudan, der Sahel-Region und dem östlichen Kongo aus dem Blick geraten. Auch die willkürlichen Tötungen der USA und das Agieren autoritärer Regime in Lateinamerika sind sehr besorgniserregend. Überall hier verschärfen sich geopolitische und regionale Konfliktlagen auf dem Rücken der Zivilbevölkerung und fordern immens viele Opfer.

Das Friedensgebot des Grundgesetzes mahnt ebenso wie das christliche Friedenszeugnis, diesen Weg zunehmender Gewalt nicht mitzugehen. Vielmehr halten wir es für notwendig, über sicherheitspolitische Strategien und Praxis sachlich, demokratisch und friedenslogisch zu diskutieren. Aus der Erfahrung von Friedensdiensten, ziviler Konfliktbearbeitung, internationalen Freiwilligendiensten, Friedensbildung und Versöhnungsarbeit wissen wir zudem: Reale Schritte zum Frieden sind möglich.

Bedrohungen und die Realität des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine müssen ernst genommen werden. Die massive Gewalt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, Angriffe auf europäische Nachbarstaaten und hybride Formen der Konfliktaustragung verlangen entschlossene demokratische und sicherheitspolitische Antworten. Gerade deshalb darf die globale Aufrüstungslogik nicht unreflektiert übernommen werden. Wer Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und eine regelbasierte Ordnung verteidigen will, muss klären, was geschützt werden soll, welche Mittel dafür geeignet sind und wie diese Ordnung glaubwürdiger, gerechter und zukunftsfähiger werden kann.

Wir wenden uns gegen eine zunehmende Militarisierung von Politik und Gesellschaft. Wo militärische Stärke zur scheinbar alternativlosen Antwort auf internationale Unsicherheit wird, ersetzt sie politische Orientierung. Rüstungsausgaben, Beschaffungsprogramme und militärische Zielmarken müssen deshalb Teil einer offenen strategischen Debatte bleiben: über politische Ziele, geeignete Instrumente, gesellschaftliche Kosten und Eskalationsrisiken. Eine Gesellschaft, die Frieden will, darf politische Probleme nicht zuerst militärisch denken.

Auch in Deutschland beobachten wir solche Militarisierungstendenzen: die Selbstverständlichkeit neuer milliardenschwerer Rüstungsprogramme, das Ziel, die stärkste konventionelle Armee Europas zu stellen, die zunehmende Präsenz von Militär im öffentlichen Raum, Werbe- und Nachwuchskampagnen der Bundeswehr, Debatten über Wehrpflichtmodelle sowie eine politische Sprache, in der „Kriegstüchtigkeit“ zunehmend als Maßstab gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit erscheint. Damit verschieben sich Maßstäbe: Was zuvor als begründungsbedürftiger Ausnahmefall galt, wird zunehmend als Normalität behandelt. Wir halten dem entgegen, dass demokratische Resilienz nicht durch Militarisierung der Gesellschaft entsteht, sondern durch soziale Gerechtigkeit, politische Bildung, zivile Konfliktfähigkeit, den Schutz demokratischer Institutionen, internationale Solidarität und die Stärkung des internationalen Rechts und internationaler Organisationen.

Friedenslogik setzt einen anderen Ausgangspunkt. Sie denkt Sicherheit vom Ziel der Gewaltminderung, der Gerechtigkeit und der gewaltfreien Konfliktbearbeitung her. Sie fragt nach Ursachen von Konflikten, nach Interessen, Ängsten, Ungleichheiten und Machtasymmetrien. Sie stärkt Diplomatie, zivile Krisenprävention, Mediation, Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz, internationale Institutionen, Rüstungskontrolle und

Abrüstung. Frieden ist dabei kein naiver Wunsch, sondern eine aktive politische Aufgabe. Er braucht Menschen, die sich einmischen, Gesprächsräume offenhalten, Versöhnung ermöglichen, Gewalt vorbeugen und demokratische Konfliktfähigkeit stärken.

Ein ganzheitliches und globales Friedensverständnis darf die Realitäten aktueller Kriege und Krisen nicht ausblenden. Zu unserer Verantwortung gehört deshalb auch, autoritären Regimen und rechtsextrem-nationalistischen Kräften entgegenzutreten, die Sprache und Symbole der Friedensbewegung für Machtpolitik, nationalen Rückzug und die Abwehr internationaler Solidarität instrumentalisieren. Friedenspolitik fragt nicht: „Was hat das mit uns zu tun?“ oder „Warum sollen wir dafür zahlen?“, sondern übernimmt Verantwortung für wirksame zivile Konfliktbearbeitung und deren verlässliche Finanzierung.

In einer Zeit, in der militärische Verteidigungsfähigkeit von vielen als notwendig erachtet wird, sind unsere friedenspolitischen Stimmen ein wichtiges Korrektiv und unverzichtbarer Teil demokratischer Verantwortung. Wir stehen dafür ein, dass militärische Verteidigung weder zum Selbstzweck noch zum Leitprinzip von Politik und Gesellschaft wird. Militärische Mittel müssen rechtlich gebunden, demokratisch kontrolliert, strategisch begründet und dem Ziel politischer Konflikttransformation untergeordnet bleiben. Beschaffungsmaßnahmen, militärische Prioritäten und Haushaltsverschiebungen sowie die ökologischen und sozialen Folgen einer globalen Militarisierung müssen kritisch beobachtet und stetig hinterfragt werden. Als Mitgliedsorganisationen der AGDF stellen wir uns dieser Verantwortung.

Wir fordern daher eine umfassende sicherheits- und friedenspolitische Neuorientierung: eine klare Bestimmung dessen, was wir verteidigen wollen; den Vorrang und die verlässliche Finanzierung ziviler und diplomatischer Instrumente, insbesondere von Friedensdiensten, Friedensbildung und Ziviler Konfliktbearbeitung; eine gerechte internationale Ordnung ohne doppelte Standards sowie die Stärkung des internationalen Rechts und der ihm verpflichteten Organisationen; neue Partnerschaften für Kooperation und gemeinsame Sicherheit; und eine transparente Prüfung militärischer Maßnahmen nach Notwendigkeit, Wirksamkeit, Kosten und Eskalationsrisiken.

Als AGDF stehen wir für eine Praxis, die sich nicht mit Unfrieden, Gewalt und Ungerechtigkeit abfindet. Eine demokratische, dem Frieden und der Freiheit verpflichtete Antwort auf eine militarisierte Welt darf nicht darin bestehen, selbst immer stärker der Logik der Militarisierung zu folgen. Sie muss reale Bedrohungen ernst nehmen, ohne militärische Reflexe an die Stelle politischer Orientierung treten zu lassen. Frieden ist kein Gegensatz zu Sicherheit, sondern ihre umfassendere Perspektive: Gewalt verhindern, Eskalation begrenzen, Konflikte politisch und gesellschaftlich bearbeiten, internationale Regeln stärken sowie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und die Verantwortung für die Schöpfung glaubwürdig priorisieren.

Stuttgart, den 26.09.2026